

im Panel „Movements, Actions, Spaces“. Als interne Bedingung frauenpolitischen Handelns wurden Spannungsverhältnisse unter Frauenbewegungen analysiert: Zwischen konservativen und progressiven Frauenbewegungen, Süd- und Nord-Feministinnen sowie unter radikalen und liberalen Feministinnen werden Politikfelder neu verhandelt. Dementsprechend richteten die DiskutantInnen in einer Roundtable-Diskussion (Moderation: Claudia von Braunmühl, Freie Universität Berlin) zum Ende der Konferenz ihre Aufmerksamkeit auf neue transversale Praxen. Dabei wurde die Frage diskutiert, wie transformatorische Visionen in einem zunehmend fragmentierenden Klima entstehen und wie man sie beibehält.

Mit der inhaltlichen Auseinandersetzung und der Besetzung der Panels wagte sich die Tagung über die Grenzen des Üblichen hinaus. Sie begnügte sich beispielsweise nicht mit einer symbolischen Feministin aus dem Süden, die als Sprachrohr für die Erfahrungen südlicher Feministinnen in der Weltpolitik agieren sollte. Stattdessen wurden Erfahrungs- und Wissenshorizonte erweitert, indem die Panels paritätisch besetzt waren oder südliche Feministinnen sogar in der Mehrzahl die Diskussionen führten.

Dass die Konferenz trotz des Orkans stattfand, zeigte, welchen Stellenwert eine vertiefte Debatte, die die Fundamente feministischen Handelns hinterfragt, einnimmt. Ein Tagungsband verspricht diese Auseinandersetzung über den Kreis der DiskutantInnen hinaus zu erweitern.

Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich

Internationale Konferenz am 1. Februar 2007 in Berlin

CATRINA SCHLÄGER

Zur Vorstellung der Studie „Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) europäische WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen am 1. Februar 2007 zu einer Konferenz in die FES Berlin eingeladen. Neben der Präsentation der Studienergebnisse wurden Strategien und Herausforderungen bei der Verknüpfung von Familien- und Gleichstellungspolitik in Großbritannien, Schweden, Frankreich und Deutschland diskutiert.

Christine Bergmann (Bundesministerin a.D.) begrüßte generell, dass „Familienpolitik“ derzeit in Deutschland eine hohe Konjunktur genieße. Jedoch schränkte sie ein, dass diese nicht in Verbindung mit Gleichstellungspolitik diskutiert wird, sondern allein mit dem Ziel einer Abmilderung des demographischen Schocks. Im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit konstatierte Bergmann ernüchternd, dass es sich hauptsächlich um wohlmeinende Lippenbekenntnisse, jedoch nicht um tatsächliche Verhaltensänderungen handele. Ute Gerhard (ehemals Universität Frankfurt) sah diese Verhaltensstarre historisch in den Rechtstraditionen und Rechtskulturen sowie in ih-

rem Verhältnis zu Wohlfahrtsstaat und Familie begründet. Die politische Diskussion um die Ausgestaltung des Verhältnisses Markt-Staat-Familie drehe sich heute wie vor 150 Jahren hauptsächlich um die „Sozialfigur der erwerbstätigen Mutter“.

Während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie überwiegend aus Perspektive der Mütter beleuchtet wird, liegt die Situation von Vätern noch weitgehend im Dunkeln. Alison Smith (University of Edinburgh) kam bei ihren Untersuchungen auf diesem Gebiet zu erstaunlichen Erkenntnissen: Väter, die mehr Zeit in die Kinderbetreuung investieren, verdienen mehr und arbeiten weniger als Väter, die weniger Zeit mit ihren Kindern verbringen.

Inwieweit Familienpolitik in Großbritannien, Schweden und Deutschland auch Gleichstellungspolitik ist, bewerteten Anneli Rüling und Karsten Kassner (sowitra, Berlin) in der von der FES in Auftrag gegebenen Studie. Die Marktorientierung in der britischen Familienpolitik reflektiere das liberale Staatsverständnis, demzufolge die Familie Privatsache sei. Die Studie zeigt, dass der britische Arbeitsmarkt eine geringe geschlechtsspezifische Segregation aufweist und Frauen im Vergleich der vier Länder die besten beruflichen Aufstiegschancen genießen. Jedoch existieren erhebliche Lohnungleichgewichte sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen gering- und hochqualifizierten Frauen. Dieses Ergebnis bestätigte Meg Munn (Under Secretary of State for Women and Equality, London) und ergänzte, dass viele Mütter bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt geringer qualifizierte Jobs annehmen. Die Staatssekretärin hob hervor, dass sich die britische Regierung mit dem „Work and Families Act“ zum Ziel gesetzt hat, die familienpolitischen Leistungen und Rechte auszubauen.

Im schwedischen Wohlfahrtsstaat sehen die beiden AutorInnen Rüling und Kassner Familienpolitik als integrierte Gleichstellungspolitik verwirklicht. Schweden investiere im Vergleich am stärksten in Kinderbetreuungsangebote und monetäre Leistungen. Durch hohe finanzielle Anreize habe das nordische Land die höchste Väterbeteiligung an der Familienarbeit erreicht. Gleichzeitig verzeichne Schweden im Ländervergleich auch die höchste Müttererwerbstätigkeit. Berit Andnor (Reichtagsabgeordnete, Sozialministerin a.D.) lieferte hierfür die folgende Erklärung: „We made unpaid work paid work“. Sie verwies darauf, dass die Mehrheit der erwerbstätigen Mütter im öffentlichen Pflegebereich tätig sei.

Die französische Familienpolitik rückt die Mütter in den Mittelpunkt ihrer Förderung und verzeichnet die höchsten Fertilitätsraten im Vergleich der vier Länder. Das Kinderbetreuungsangebot ist am stärksten diversifiziert und übertrifft die anderen Länder in seiner Quantität. Jeanne Fagnani (Centre National de la Recherche Scientifique, Paris) sah einen engen Zusammenhang zwischen Kinderbetreuungs- und Familienpolitik einerseits und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit andererseits. Durch den Ausbau der Kinderbetreuung in Frankreich könnten Mütter schneller wieder in das Berufsleben zurückkehren, gleichzeitig würden neue Arbeitsplätze im sozialen Sektor geschaffen.

Deutschlands Familienpolitik schneidet unter Gleichstellungskriterien am schlech-

testen in der Studie ab. Deutschland hat die niedrigste Müttererwerbstätigkeit, die niedrigste Fertilitätsrate, die höchste Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern und die geringsten beruflichen Aufstiegschancen für Frauen. Zudem besteht ein mangelndes Kinderbetreuungsangebot in Westdeutschland. Die Steuerpolitik trägt zu einer Stärkung des traditionellen Rollenbildes des männlichen Ernährers bei. Malte Ristau (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin) führt diese alarmierenden Ergebnisse darauf zurück, dass zum einen sich ändernde Lebenswelten ignoriert würden und zum anderen die Familienpolitik auf eine geschlechterblinde Sozial- und Verteilungspolitik reduziert würde. In der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau des Kinderbetreuungsangebots sah er jedoch eine Trendwende hin zu einer geschlechtergerechteren Familienpolitik.

Bärbel Dieckmann (Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende) legte in der Abschlussrede ein klares Votum ab: „Familienpolitik nicht ohne Gleichstellungspolitik!“ Konkret bedeute dies einen Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag auf Kinderbetreuung, um ein frühzeitiges Zurückkehren in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Auch in der Arbeitsmarktpolitik müssten verstärkt Gleichstellungsaspekte berücksichtigt werden, um die dort vorherrschende Benachteiligung von Frauen und Müttern zu bekämpfen.

